

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Insereate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 25 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 29

Sonntag, den 16. Juli

1916

## Neue Halbheiten.

Der schleppende Gang in der Errichtung von Arbeitsnachweisen hat die Reichsregierung veranlaßt, eine Verordnung zu erlassen, wonach die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bezeichneten Behörden, Gemeinden oder Gemeindeverbände verpflichtet können, öffentliche und unparteiische Arbeitsnachweise zu errichten und auszubauen, sowie zu den Kosten solcher von anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden errichteten Arbeitsnachweise beizutragen. Die Behörden können Anordnungen über die Einrichtung und den Betrieb solcher Arbeitsnachweise treffen.

Bekanntlich hat die Vertretung der Gewerkschaften direkt beim Reichskanzler auf gesetzliche Errichtung von Arbeitsnachweisen angetragen. Die Vorstellung führte jedoch nicht zu dem gewünschten Erfolg. In wohlwollender Weise wurde zwar eine Förderung der Arbeitsnachweise durch die Reichsbehörden zugesagt, aber die Schaffung eines Gesetzes, das obligatorisch die Einrichtung festgesetzt hätte, abgelehnt. Wohin das führen mußte, konnte man sich denken.

Nun, nachdem der Weg zur fakultativen Errichtung von Arbeitsnachweisen sich als unzulänglich erwiesen hat, soll die Verordnung nachhelfen. Zu ihrer Rechtfertigung wird bittere Klage darüber geführt, daß Gemeinden und Gemeindeverbände, die sich bisher zur Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises trotz eines vorhandenen Bedürfnisses nicht haben entschließen können. Durch die Verordnung sollen sie nun dazu bewogen werden und man hofft, daß die Anwendung des Zwanges nur in wenigen Fällen notwendig werden wird.

Das ist eine sonderbare Deutung der Verordnung, die doch an und für sich den Zwang der Errichtung von Arbeitsnachweisen anerkennt. Wird der Zwang nicht ausgesetzt, dann wird auch diese Verordnung ohne Erfolg bleiben. Es ist also wieder halbe Arbeit, die damit gemacht wird. Man empfindet das auch an den Stellen, von denen die Verordnung ausgeht. Der innere Widerspruch der Maßnahmen ist zu augenfällig.

Man fühlt die Notwendigkeit, im Weigerungsfalle Zwang auf die sich weigernden Behörden auszuüben, aber der Zwang soll nicht wehe tun. Darum wird die Ausführung der Verordnung dem Ermessen der bundestaatlichen Regierungen und den von ihnen beauftragten Behörden übertragen, damit, wie es entschuldigend heißt, „jeder schematische gesetzliche Zwang vermieden wird“. Diese Behandlung der Angelegenheit verstehen wir nicht, sie ist aber ganz übereinstimmend mit der Art und Weise, wie z. B. die Ernährungsfrage durch Verordnungen behandelt wird. Das heißt, den Belz waschen, ohne ihn naß zu machen.

Wenn man einmal zur Zwangsverhängung sich genötigt sieht — und die Verordnung gestattet sie — warum soll sie nicht durch Gesetzeskraft eintreten, die keine Weigerung kennt oder gestattet, und darum nicht verwirrend wirkt. Die Ausreden, die für die Verweigerung eines Gesetzes dienen müssen, sind hohl. Was soll es bedeuten, wenn behauptet wird, wie es in der Empfehlung der Verordnung heißt, „in Anbetracht der bisherigen Mannigfaltigkeit in der Entwicklung des Arbeitsnachweiswesens kann im Wege einer starren Gesetzesvorschrift nicht entschieden werden“. Für die sich Weigernden kann auch die Verordnung zu einer „starren Gesetzesvorschrift“ werden.

Was aber den „schematischen gesetzlichen Zwang“ anlangt, so braucht ein Gesetz nur die Errichtung von Arbeitsnachweisen zu fordern, dagegen kann es die Einrichtungen der Arbeitsnachweise in der den Verhältnissen entsprechenden Weise zulassen, ohne damit die Entwicklung der Arbeitsnachweise durch schematischen Zwang einzudämmen.

Es stößt uns aber etwas auf in der offiziellen Empfehlung, das uns den wirklichen Gründen näher bringt, warum man kein Gesetz schaffen will. Sehr vorsichtig und rücksichtsvoll spricht man davon, daß „im Wege des Ausbaues der Arbeitsnachweise insbesondere auch die Beziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern dort, wo sich hierfür ein Bedürfnis ergibt, und die Art der Bestellung des Arbeitsvermittlers wird geregelt werden können“.

Aus diesen Worten blidt uns der bekannte Widerstand aus Arbeitgeberkreisen entgegen. Er ist das wirkliche Hindernis gegen die Schaffung eines Gesetzes. Könnte man das nicht schon aus den gedrehtesten Worten der Empfehlung herauslesen, so brauchte man nur die Pressekongresse der Unternehmerorganisationen herzunehmen, die sich von jeher gegen solche Arbeitsnachweise gekehrt haben, bei denen Arbeitnehmer mitwirken. Das ist des Pudels Kern.

Nun brennt aber die Frage der Arbeitsvermittlung um so mehr auf den Nägeln, als der Krieg die wirtschaftlichen Verhältnisse so durcheinander schüttelt, daß es Mühe und Not kostet, einen einigermaßen geregelten Verkehr im Wirtschaftsleben zu erhalten. Daß auch hierbei die Gewerkschaften, die Organisationen der Arbeiter, einen verdienstlichen Anteil haben, wird von den meisten Interessenten gar nicht so vermerkt; es wird bereits als etwas Selbstverständliches hingenommen, daß gar keiner besonderen Anerkennung bedarf. Und doch muß hervorgehoben werden, daß sie gerade auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung bahnbrechend vorgegangen sind, daß ihre Erfahrungen für ein Gesetz über Arbeitsnachweise sehr in Betracht kommen, daß aber auch gerade deshalb der widerstrebende Teil des Unternehmertums sich gegen ein Gesetz sträubt.

Das muß immen wieder klar ausgesprochen werden, damit man weiß, wo die Hemmnisse für eine gute Arbeitergesetzgebung liegen. Aus dieser Lage ist auch zu ersehen, warum die Regierung mit Halbheiten, wie der neuen Verordnung über Arbeitsnachweise, sich abquält, die uns nicht vorwärts bringen und immer neue Schwierigkeiten schaffen. Außerdem ist diese Art der Regelung Kräfteverschwendung. Die gesetzliche Schaffung von Arbeitsnachweisen müßte eine Zentralisierung der Kräfte mit sich bringen, die erfolgreich wirken müßte.

Zunächst wollen wir nun sehen, wie die neue Verordnung wirken wird. Auf dem Wege über das Ermessen der bundestaatlichen Regierungen jedenfalls nicht sehr schnell. Darauf kommt es aber angesichts der vorauszu sehenden Schwierigkeiten in der Arbeitsvermittlung nach Beendigung des Krieges an. Wahrscheinlich werden in dieser Beziehung wieder die Gewerkschaften auf wirksame und schnelle Ausführung der Verordnung bringen müssen. Halbheiten gestatten in der Regel Verzögerungen und hinauschiebende Wirkung. Das ist ihr schwerer Nachteil.

Haben die bisherigen Eingriffe der Reichsregierung auf diesem Gebiete nicht viel genützt, so wird wohl auch die neue Verordnung nicht viel helfen. Dann wird der Reichstag fester zugreifen müssen. Schonzeit darf dieser neuen Verordnung nicht gegeben werden.

## Der Stand unserer Lohnbewegung.

Draußen, zum Teil weit im fremden Lande, stehen unsere Soldaten und kämpfen auf Tod und Leben für Deutschlands Sicherheit und künftiger wirtschaftlicher Wohlfahrt. Tausende unserer Kollegen sind darunter, sie entbehren, fallen und bluten wie alle die anderen. Doch in dem Graus des entsetzlichen aller Kriege sind sie dennoch mit ihrem innersten Empfinden in der Heimat, bei ihren Lieben. Der Gedanke an Zuhause und die Hoffnung, das Verlassene wiederzufinden unberührt und treulich bewacht, verläßt sie nicht. So haben wir denn auch aus dem Felde so manche Zuschrift erhalten von Kollegen, die mit uns in Reich und Glied an eine bessere Zukunft der deutschen Tabakarbeiterchaft wirkten. Nieder gedrückt waren sie, als die dunklen Wolken einer erhöhten Tabakbesteuerung sich den Tabakarbeitern zeigten. Sie hatten gewiß Ursache dazu. Wir alle wissen heute noch nicht, welche Wirkung das Gesetz in seinen letzten Konsequenzen auslösen wird. Aber nun, da sie lesen, daß die organisierte Tabakarbeiterchaft sich emporreckt, daß Leben und Wehen an allen Enden ist, nun hebt sich auch die Stimmung jener Kollegen, die fern von uns im Felde nach geschlagenen Schlachten an die Heimat, an die Zukunft der Tabakarbeiter denken. Es ist ihnen Trost und Hoffnung zugleich, daß die Zurückgebliebenen nicht gebrochenen Mutes sind; in vielen Briefen an uns sprechen die Feldgrauen ihre Freude über das gemeinschaftliche Vorgehen der organisierten Tabakarbeiter an. Liegt doch auch ein Stück meines künftigen Schicksals, falls ich wiederkehren sollte, in Eurem Erfolg, schreibt uns ein Kollege von der Westfront. Jawohl, es muß vorwärts gehen! So kann und soll es das auch, wenn die Tabakarbeiter zusammenstehen! Auch das gilt für Deutschlands wirtschaftliche Wohlfahrt.

Von der Bewegung selbst ist zu melden, daß neben den Bewilligungen der Einzelfirmen, die die Leser ja unter „Bewilligte Löhne in der Tabakindustrie“ finden, wieder einige Antworten von Bezirksverbänden der Fabrikanten eingegangen sind. Der Hamburg-Altonaer Verein der Zigarrenfabrikanten von 1890 teilt durch seinen Vorstehenden, Herrn Aug. Müller, unterm 7. Juli folgendes mit:

„Am Anschluß an unser Schreiben vom 29. Juni d. J. teilen wir Ihnen mit, daß in der heutigen Versammlung des Vereins der Zigarrenfabrikanten von 1890 unter Berücksichtigung der außerordentlich hohen Lebensmittelpreise der Beschluß gefaßt wurde, den hie-

figen Arbeitern unter Anrechnung der während der Kriegsbauer bisher bewilligten Lohn- und Teuerungszulagen eine zwanzigprozentige Teuerungszulage fürderhin zu gewähren. Diese neue Zulage wird vom Montag d. 3. d. M. ab berechnet.

Auch die Antwort des Verbandes Sächsischer Zigarrenfabrikanten liegt vor. Sie lautet:

Hierdurch teile ich Ihnen mit, daß in der letzten Hauptversammlung des Verbandes Sächs. Zigarrenfabrikanten beschlossen worden ist, den Zigarrenarbeitern, Wickelmachern und Wrippern eine weitere Teuerungszulage von 10 Prozent zu gewähren, so daß unter Anrechnung aller bis jetzt gegebenen Teuerungszulagen und Zuwendungen ein Höchstbetrag von 20 Prozent auf die Friedenslöhne herauskommen soll. Den Sortierern sollen weitere 5 Prozent gewährt werden; so daß für dieselben im ganzen 10 Prozent auf die Friedenslöhne Teuerungszulage herauskommen. Die Teuerungszulagen für die Wochenlöhner sind in das freie Ermessen jedes Fabrikanten gestellt. Sie sollen aber nach ihren Arbeitsleistungen und Löhnen entsprechend Teuerungszulagen erhalten.

Ich hoffe, daß auch Sie von dem Verlaufe unserer Tagung befriedigt sind und empfehle mich Ihnen

Hochachtungsvoll  
Max Bergmann.

Etwas kurz und reichlich unbestimmt ist die Antwort der Abteilung Aachen des Deutschen Tabakvereins, sie enthält nur folgendes:

Der Anregung entsprechend hat der D. T. V. Abteilung Aachen in seiner Versammlung vom 3. Juli 1916 beschlossen, den Arbeitnehmern die bisher schon bewilligten Teuerungszulagen in angemessener Weise weiter zu erhöhen, soweit das nicht schon geschehen ist.

Nun noch die Antwort des Fürstenwalder Fabrikantenvereins:

Fürstenwalde, den 5. Juli 1916.

Wir müssen es ablehnen, Ihnen ein weiteres Zugeständnis in der von Ihnen angeregten Lohnfrage zu machen. Eine fünfprozentige Zulage zu den zwölf Prozent, die wir Ihnen bereits gewährten, kann für uns nur als Teuerungszulage für die Dauer des Krieges, so lange wir Militärlieferungen haben, in Frage kommen.

Wiederholt weisen wir Ihre Klage zurück, wenn Sie die Arbeiter und Arbeiterinnen in unserem Geschäftszweig als schlecht bezahlt hinstellen.

Wo der Staat uns die Existenz durch die neuen hohen Zölle und Steuern, die er auf das Rohprodukt legt, so erschwert hat, da würden, wenn wir Ihre Wünsche erfüllen könnten, die Preise für das Fabrikat um die von Ihnen erstrebten maßlosen Lohnforderungen noch weiter verteuert werden. Hat man ja, in der Annahme, daß Zigarren in Zukunft bei den hohen Anforderungen, die der Staat an die Tabakindustrie stellt, bei der Teuerung der Lebensmittel für viele unerschwinglich bleiben, den Tabakarbeitern, die bei den soviel höheren Preisen für das Fabrikat vielfach brotlos werden dürften, doch bereits eine halbjährige Unterstützung zugebilligt. — Ueberdies ist Ihnen zu sagen, daß die Preise, welche die Militärverwaltung für Zigarrenlieferungen den Fabrikanten neuerdings bewilligt, nicht in Einklang mit den hohen Forderungen zu bringen sind, welche jetzt für das Rohprodukt zu zahlen sind, weshalb eine weitere Abgabe unsererseits an die Arbeiter unmöglich ist.

Emil Schneider.

Ohne daß wir den Entschlüssen der drei Organisationen der Tabakarbeiterchaft, die ja demnächst erfolgen muß und wird, vorgehen wollen, können wir doch die Antwort der Fürstenwalder Fabrikanten nicht ohne einige Bemerkungen passieren lassen. Zunächst weisen wir den Ton des Schreibens zurück. Die Tabakarbeiter sind gerade nicht sehr feinsüßig, aber in dieser Zeit ihre Forderungen als maßlos zu bezeichnen, ist doch etwas reichlich starker Tabak. Am allerwenigsten haben die vereinigten Fürstenwalder Fabrikanten Ursache, von einer maßlosen Forderung zu schreiben; so glänzend sind die dortigen Löhne wirklich nicht.

Wir hatten ja schon im vorigen Jahre Gelegenheit, ähnliche Töne aus Fürstenwalde zu vernehmen, können aber ein für allemal sagen, daß die Zeiten vorbei sind für solche Art Abfertigung der Tabakarbeiter. Wir haben nun bald zwei Jahre den Weltkrieg, werden ihn leider noch länger haben; und das hat seine Wirkung, verehrte Herren von Fürstenwalde! Die Tabakarbeiterchaft hat keine Neigung, sich moralisierend von Fabrikanten dreinreden zu lassen. Es wird abgewogen, besprochen und verhandelt, wie es sich unter modernen Verhältnissen



geht. Dabei wird sich dann von beiden Seiten finden, was möglich ist oder nicht.

Zur Sache selbst muß gesagt werden, daß die Fürstentümer der Tabakarbeiter haben müssen, indem sie eine Klage darüber glauben zurückweisen zu müssen. Die Herren scheinen über die Lage der Tabakarbeiter an sich und im Verhältnis zu anderen Industriearbeitern, insbesondere unter den Bedingungen der Teuerung, schlecht Bescheid zu wissen. Wir wollen heute unsere Beweise nicht anführen, sondern nur auf die Beschlüsse des Deutschen Tabakvereins und einiger Bezirksvereine hinweisen. Diese Beschlüsse auf bessere Bezahlung sind gefaßt worden unter Anerkennung der Berechtigung des Wunsches der Arbeiter nach Vermehrung ihres Einkommens in Anbetracht der herrschenden Teuerung.

Ueberdies ist den Herren zu sagen, daß die Tabakarbeiter ihre Wünsche nicht nach dem Stand des Preises der Rohprodukte, auch nicht nach den Steuern oder nach den Preisen, die die Heeresverwaltung zahlt, einrichten kann, sondern richten muß nach der Aufwendung für die Erhaltung der Arbeitskraft. Wollen die Fürstentümer und vielleicht auch andere Herren bestreiten, daß diese Aufwendungen nicht um 25 Prozent seit dem Kriege gestiegen sind? Wir geben zu, daß die Tabakindustrie unter der Steuer und den hohen Preisen für Rohmaterial und Zutaten zu leiden hat, aber können und sollen das etwa die Tabakarbeiter ausbaden? Dazu ist ihr Lohn, wenn man sich wirklich auf diesen Grundsatz stellen wollte, zu niedrig, so daß sie es einfach nicht können.

Was die Unterstützung der durch die Steuererhöhung brotlos werdenden Tabakarbeiter mit der Lohnfrage zu tun hat, bleibt uns unerklärlich.

Das mag für heute genügen.

## Ausführungsbestimmungen

zu Artikel V des Gesetzes vom 12. Juni 1916 über Erhöhung der Tabakabgaben (Unterstützung geschädigter Arbeiter im Tabakgewerbe und den durch dieses mitbeschäftigten Gewerben).

### § 1.

#### Unterstützungsberechtigte.

(1) Zum Tabakgewerbe im Sinne des Gesetzesvorschrift gehören Betriebe, die Tabakerzeugnisse (§ 1 Ziffer 2 des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909) und Zigarettenhüllen herstellen.

(2) Als Arbeiter des Tabakgewerbes gelten auch Werkmeister und die Arbeiter, die in einem der Bearbeitung oder Verarbeitung von Tabak gewidmeten Betriebe mit Ristentreiben, Ristentreiben oder mit ähnlichen, mit der Tabakverarbeitung oder mit der versandfähigen Herstellung der Tabakerzeugnisse unmittelbar zusammenhängenden, für den Betrieb erforderlichen Hilfsarbeiten beschäftigt gewesen sind.

(3) Hausgewerbetreibende sind nur dann unterstützungsberechtigt, wenn sie gegen Lohn beschäftigt waren, nicht aber, wenn sie als selbständige Gewerbetreibende auf eigene Rechnung Tabakerzeugnisse oder Zigarettenhüllen hergestellt haben.

(4) Zu den durch das Tabakgewerbe mitbeschäftigten Gewerben gehören Betriebe, die Zigarettenformen, Zigarettenstempel (unmittelbare Umschließungen für Zigaretten, nicht Versandstücken) sowie sonstige Umschließungen von Tabakerzeugnissen (Blech-, Pappschachteln usw.) und deren Ausführungen herstellen. In Betrieben, die sich nicht ausschließlich mit der Herstellung derartiger Erzeugnisse befassen, beschäftigt gewesene Arbeiter sind nur dann unterstützungsberechtigt, wenn sie sich ständig oder hauptsächlich mit der Herstellung derartiger Erzeugnisse befassen haben.

### § 2.

#### Anmeldung.

(1) Hausgewerbetreibende und Arbeiter (auch im Ausland wohnende Angehörige nicht feindlicher Staaten) des Tabakgewerbes und der durch dieses mitbeschäftigten Gewerbe, die Anspruch auf Unterstützung erheben, haben ihre Gesuche bei dem zuständigen Hauptamt schriftlich oder zu Protokoll einzureichen. Die Gesuche müssen enthalten:

- a) Vor- und Zunamen, Alter, Familienverhältnisse (ob ledig oder verheiratet, Zahl der unversorgten Kinder) und Wohnort des Beschäftigten;
- b) Art der Beschäftigung in den letzten 14 Monaten vor dem 1. Juli 1916 sowie Name und Wohnort des oder der Arbeitgeber dieser Zeit;
- c) Angabe des im Vorjahr (1. Mai 1915 bis 30. April 1916) verdienten Lohnes und der Zahl der Tage, an denen die Arbeit geleistet worden ist;
- d) bei Arbeitslosigkeit Angabe des Grundes der Entlassung aus dem letzten Arbeitsverhältnis, bei Verdienstschädigung deren Anlaß, Art und Umfang;
- e) Angabe, was als Nachweis dafür vorgebracht werden kann, daß die Arbeitslosigkeit oder die Verdienstschädigung infolge des Gesetzes über Erhöhung der Tabakabgaben vom 12. Juni 1916 eingetreten ist;
- f) sofern der Verdienstentgang nicht auf der Einwirkung regelmäßiger Feiertage beruht, welche Schritte zur Wiedererlangung eines Arbeitsverdienstes oder zur Erhöhung des geschmälerten Arbeitsverdienstes unternommen worden sind.

(2) Hausgewerbetreibende, die Hilfspersonen beschäftigt haben, müssen dies in ihren Gesuchen unter Namentlicher Aufzählung der Hilfspersonen und unter Angabe der an diese gezahlten Lohnbeträge (Abs. 1 c) sowie, falls Unterstützung für sie in Anspruch genommen wird, unter Angabe der hierfür in Betracht kommenden Voraussetzungen vermerken.

(3) Die Angaben in dem Unterstützungsgehalt sind durch Bescheinigungen der Arbeitgeber, Ortsbehörden usw. nachweisbar zu belegen.

\* Unter Hauptamt soll die Hauptstaatsanwaltschaft zu verstehen sein.

(4) Die Hauptämter sind berechtigt, Unterstützungsanträge von nicht zur Familie des Hausgewerbetreibenden gehörigen Hilfspersonen unmittelbar anzunehmen und zu erledigen.

### § 3.

#### Voraussetzungen für die Bewilligung der Unterstützung.

Die Voraussetzungen für die Bewilligung von Unterstützung sind folgende:

- a) die Verdienstlosigkeit oder Verdienstschädigung muß in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis zum 30. Juni 1917 eingetreten sein;
- b) der Geschädigte muß unmittelbar vor dem 1. Juli 1916 ununterbrochen mehr als 300 Arbeitstage in einer zur Unterstützung berechtigenden Beschäftigung verbracht haben. Als eine die Unterstützung ausschließende Unterbrechung der Beschäftigung ist nicht anzusehen das Ruhen der Arbeit während der Sonn- und Feiertage, ferner wegen Wochenbetts und vorübergehender Erkrankung, wegen Erfüllung der Militärpflicht oder vorübergehender unverschuldeter Arbeitslosigkeit. Auch das Ruhen der Arbeit aus anderer Ursache soll nicht als eine Unterbrechung der Beschäftigung angesehen werden, doch darf in diesem Falle die Zahl der ausgefallenen Arbeitstage in der Regel nicht mehr als 50 betragen. Die Zeit, in der die Arbeit aus vorstehenden Gründen geruht hat, ist bei der Berechnung der Mindestzahl von 300 Arbeitstagen nicht zu berücksichtigen;
- c) die Verdienstlosigkeit oder Verdienstschädigung muß nachgewiesenermaßen als unmittelbare Folge des Gesetzes eingetreten sein;
- d) dem Geschädigten muß es unmöglich gewesen sein, eine geeignete Beschäftigung gleicher oder anderer Art oder an anderer Arbeitsstelle zu finden;
- e) für den Geschädigten dürfen bei einem etwaigen Übergang zu einer anderen, geringer bezahlten Beschäftigung (Berufswechsel) nicht besondere Beweggründe maßgebend gewesen sein.

### § 4.

#### Gründe für Nichtbewilligung.

- (1) Nicht unterstützungsberechtigt ist:
- a) wer aus einem der im § 123 der Gewerbeordnung bezeichneten Gründe entlassen wurde. Treten diese Voraussetzungen ein, wenn die Unterstützung bereits anerkannt ist, so ist ihre Zahlung einzustellen;
  - b) wer aus anderen als den im § 124 der Gewerbeordnung bezeichneten Gründen die Arbeit verläßt oder aufkündigt, obwohl er einen Lohn von wenigstens drei Vierteln des im Durchschnitt des Vorjahres bezogenen Lohnes (§ 6 Abs. 1) verdient oder obwohl im Falle einer etwa bereits bestehenden Unterstützung der Betrag der letzteren (§ 6 Abs. 3) zusammen mit dem jedesmal verdienten Lohn drei Vierteln des im Durchschnitt des Vorjahres verdienten Lohnes gleichkommt;
  - c) wer eine ihm nachgewiesene geeignete Beschäftigung anderer Art oder an anderer Arbeitsstelle, durch die er, sei es mit dem nach § 6 Abs. 3 festgesetzten Unterstützungsbetrage, sei es ohne diesen, drei Vierteln des im Durchschnitt des Vorjahres aus einer zur Unterstützung berechtigenden Beschäftigung bezogenen Lohnes (§ 6 Abs. 1) verdient, ohne zureichenden Grund ablehnt. Als zureichender Grund für die Ablehnung gilt die für die Erlangung der Arbeit etwa erforderliche Ueberfiedlung des Antragstellers und seiner Familie nicht, wenn die durch die Ueberfiedlung entstehenden Kosten vergütet werden (§ 8) und durch die Ueberfiedlung nicht sonst erhebliche Nachteile entstehen. Dagegen ist der Besitz eines eigenen Hauses oder eines selbst bewirtschafteten Grundstücks am bisherigen Beschäftigungsort oder Wohnort als ausreichender Grund für die Ablehnung einer die Ueberfiedlung erfordernden Beschäftigung anzusehen. Als ausreichender Grund hierfür gilt auch, wenn der Antragsteller für Eltern oder Schwiegereltern die Verwaltung eines diesen gehörigen Hauses oder die Bewirtschaftung eines diesen gehörigen oder von ihnen gepachteten Grundstücks führt, ferner, wenn eine Ehefrau oder eine bei ihren Eltern wohnende Tochter eine die Ueberfiedlung erfordernde Beschäftigung ablehnt;
  - d) wer ohne zureichenden Grund verabsäumt, sich um die Erlangung einer an seinem Wohnort oder in dessen Nähe gebotenen und geeigneten Arbeit, auch einer solchen außerhalb des Tabakgewerbes, zu bewerben;
  - e) wer einen Minderverdienst erleidet, ohne daß in dem Betrieb, in dem er beschäftigt ist, eine Betriebs-einschränkung eingetreten ist.

(2) Entstehen Zweifel darüber, ob die für die Nichtannahme der nachgewiesenen Beschäftigung geltend gemachten Gründe als zureichend anzusehen sind oder ob die nachgewiesene Beschäftigung für den Geschädigten geeignet erscheint, so ist der Gewerbeaufsichtsbeamte, geeignetenfalls unter Zuziehung von Vertrauensmännern aus der Arbeiterschaft, zu hören.

(3) Der Unterstützungsanspruch geht nicht verloren, wenn der Arbeiter die ihm nachgewiesene Beschäftigung in einem anderen Berufszweig lediglich wegen Fehlens erforderlicher Eignung nach kurzer Zeit wieder aufgeben muß.

### § 5.

#### Prüfung der Unterstützungsgehalte.

(1) Die Gesuche sind vom Hauptamt einer sorgfältigen, aber auch künftighin beschleunigten Prüfung daraufhin zu unterziehen, ob die Voraussetzungen für die Bewilligung der Unterstützung (§ 3) vorliegen und nicht die Unterstützung aus einem der im § 4 genannten Gründe abzulehnen ist. Die Frage, ob die Arbeitslosigkeit infolge des Gesetzes über Erhöhung der Tabakabgaben eingetreten ist, muß namentlich dann besonders eingehend geprüft werden, wenn es sich um Arbeiter in einem durch das Tabakgewerbe mitbeschäftigten Gewerbe handelt.

(2) Das Hauptamt soll sich künftighin bei der Prüfung der Frage, ob für den Geschädigten anderweitige Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, die Mitwirkung der etwa vorhandenen Arbeitsnachweise sichern.

### § 6.

#### Festsetzung des Unterstützungsbetrags.

(1) Wird der Anspruch auf Unterstützung als begründet erkannt, so ist aus dem Gesamtbetrage des im Vorjahr durch eine zur Unterstützung berechtigende Beschäftigung verdienten Lohnes und der Zahl der Tage, an denen Arbeit geleistet ist, der durchschnittlich im Vorjahr verdiente Tagelohn zu berechnen.

(2) Für die Festsetzung der Unterstützung des Hausgewerbetreibenden sind die an die Hilfspersonen gezahlten Lohnbeträge vom Gesamtlohn den der Hausgewerbetreibende vom Fabrikanten erhalten hat, in Abzug zu bringen, soweit nicht auch die Hilfspersonen selbst unterstützungsberechtigt sind.

(3) Die zu gewährende Unterstützung ist für die Zeit der Arbeitslosigkeit auf drei Viertel des im Vorjahr durchschnittlich verdienten Tagelohns, für die Zeit der Verdienstschädigung auf den Betrag festzusetzen, um den der tatsächlich verdiente Tagelohn hinter drei Vierteln des im Vorjahr durchschnittlich bezogenen Tagelohns zurückbleibt.

(4) Ausnahmsweise kann im Falle besonderer Bedürftigkeit die Unterstützung auf den vollen Betrag des früheren Durchschnitts erhöht werden.

(5) Verdient ein Arbeiter während der Zeit seiner Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe oder in einem durch dieses mitbeschäftigten Gewerbe bei einem anderen Berufe mehr, als die Unterstützung betragen würde, so wird dieser Mehrverdienst von einer späteren Unterstützung nicht abgezogen.

(6) Dem Unterstützungsempfänger wird vom Hauptamt auf Verlangen eine Bescheinigung über die festgesetzte Unterstützung für die Dauer von höchstens zwei Monaten ausgestellt. Bei längerer Beschäftigungslosigkeit ist, wenn die Voraussetzungen für eine Unterstützung noch vorliegen, die Gültigkeit der Bescheinigung auf Antrag vom Hauptamt zu verlängern.

### § 7.

#### Zurückweisung der Unterstützungsgehalte.

Den zurückgewiesenen Geschädigten hat das Hauptamt die Gründe für die Ablehnung ihrer Gesuche schriftlich mitzuteilen. Gegen den Bescheid ist Beschwerde an die Direktionsbehörde zulässig. In dem Bescheid ist die Behörde zu bezeichnen, bei welcher die Beschwerde eingelegt werden kann. Die Beschwerde muß binnen einer Frist von zwei Wochen von der Zustellung des Bescheides ab eingelegt werden. Die Direktionsbehörde kann auch ihrerseits Vertrauensmännern aus der Arbeiterschaft gütlich hören; sie entscheidet endgültig.

### § 8.

#### Unterstützung für Umzugskosten.

Erwachsen dem Arbeiter durch den Wechsel der Beschäftigung oder des Beschäftigungsorts besondere Unkosten (zu vergleichen § 4 Abs. 1 c), so kann ihm eine Unterstützung bis zur Höhe dieser Unkosten, die er bei dem zuständigen Hauptamt nachzuweisen hat, gewährt werden.

### § 9.

#### Auszahlung der Unterstützung.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt nachträglich und wöchentlich; die Direktionsbehörde kann die Auszahlung in längeren Zeitabschnitten, die höchstens zwei Wochen nicht überschreiten sollen, anordnen.

### § 10.

#### Nachweis über Versuche zur Erlangung von Arbeit usw. während der Dauer der Unterstützung.

Der Unterstützungsempfänger hat bei Auszahlung der Unterstützung auf Erfordern Angaben über seine in der Zwischenzeit angestellten Bemühungen zur Erlangung geeigneter Arbeit oder zur Erhöhung seines geminderten Verdienstes zu machen und die Richtigkeit dieser Angaben nachzuweisen. Zur Feststellung, ob die Voraussetzungen für eine Unterstützung noch vorliegen, kann die Behörde sich der Mitwirkung etwa vorhandener Arbeitsnachweise bedienen.

### § 11.

#### Mitwirkung der Reichsbevollmächtigten.

Die Reichsbevollmächtigten für Rölle und Steuern und die Stationskontrollen sind befugt, die Zulässigkeit und die Angemessenheit der bewilligten Unterstützungen nachzuprüfen.

### § 12.

#### Ermächtigung anderer Behörden als der Hauptämter zur Vorprüfung der Unterstützungsgehalte.

Die Landeszentralbehörden sind ermächtigt, an Stelle der Hauptämter oder neben diesen andere Behörden mit der Entgegennahme und Vorprüfung der Unterstützungsgehalte zu beauftragen. Die damit beauftragten Behörden sind verpflichtet, den Reichsbevollmächtigten für Rölle und Steuern sowie den Stationskontrollen im Falle von Nachprüfungen nach § 11 auf Verlangen unmittelbar Auskunft zu erteilen.

### § 13.

#### Öffentlich-rechtliche Wirkung der Unterstützungen.

Eine gemäß Artikel V des Gesetzes gewährte Unterstützung ist, soweit in Reichsgesetzen oder in Landesgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird, als Armenunterstützung nicht anzusehen.

## Bewilligte Lohnzulagen in der Tabakindustrie.

Bremen und Umg. Auch die Firmen S. Giesecke, Johs. Sacke erhöhten die Löhne insgesamt um 25 Prozent. Die 25prozentige Lohnerhöhung ist nunmehr von den Firmen S. Giesecke, C. H. Solt, J. König, S. Detken, Johs. Sacke, S. H. P. Mann, C. Westmann u. Co., Gebr. Wittmann (Bremen), Aug. Hammerlag, R. Meyer u. Sohn (Hemelingen) bewilligt worden.



Den Beitritt zum „Reichsverband der privaten Fürsorgevereine“ lehnte die Generalkommission im Interesse der einheitlichen Organisation der Kriegseingeschäftigtenfürsorge ab; ebenso einen Beitrag an die Trübselvereine zur Errichtung von Unterrichtsanstalten und an den Verein für Wohltätigkeit und Armenpflege. Auch dem Hauptantrag für Kriegerheimstätten antwortete sie ablehnend mit der Begründung: das Wohnungswesen müsse für alle Volksschichten nicht als für die Kriegsteilnehmer verbessert werden. Dagegen gewährte sie der Kommission für Trübselsfürsorge einen Jahresbeitrag von 1000 A und entsandte den Gefasien Sassenbach als Vertreter in den Beirat der vom Reichsamt des Innern eingesetzten Enderausschussung von Kriegsteilnehmern für Kriegseingeschäftigten in der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg.



## Verbandsteil.

### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephonamt Roland 6040.  
Bürozeitung von 8 bis 4 Uhr nachmittags.  
Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
Geld-, Einschreib- und Verschuldungen nur an W. Kieders, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
Für die Expedition bestimmte Aufschriften sind an John Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
Für den Ausschuss bestimmte Aufschriften sind an E. Schöns, Hamburg, Besenbinderhof 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

#### An die Bevollmächtigten!

Angelehnt der Tatsache, daß die im Jahre 1915 eingeleitete allgemeine Bewegung zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Schluß des Jahres noch nicht beendet war und gegenwärtig noch fortgesetzt wird, hält es der unterzeichnete Vorstand für geboten, an Stelle des sonst herausgegebenen Jahresberichts nur eine Jahresabrechnung zu geben, wie sie in den Jahresberichten enthalten war.

Wir ersuchen nunmehr die Bevollmächtigten, und bis zum 24. Juli d. J. mitzuteilen, wieviel Exemplare dieser Jahresabrechnung sie für ihre Zigaretten benötigen, wobei zu berücksichtigen ist, daß nur die dringend notwendige Zahl der Exemplare zu stellen sind.

Bestellungen, die nach dem 24. Juli d. J. bei uns eintreffen, können keine Berücksichtigung finden.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (B. = Verbandsbeiträge):

2. Juli: Seelen B. 100, Speyer B. 100, A. Schöns B. 200, Dortmund B. 67,46, Goslar B. 100, Varel B. 17, Uettersen B. 80, Lauenburg B. 40, Jhehoe B. 90, Trebbin B. 123, Landsberg B. 33, Dresden B. 1500, Hoffen B. 25, Schweidnitz B. 20, Hamburg B. 100, Nachen B. 22,47, Berlin B. 250, 4. Juli: Stadt B. 321,57, Wabheim B. 300, Altenburg B. 200, Brud B. 100, Freiberg i. S. B. 500, Münchshelm B. 76,50, 5. Kaiserlautern B. 70, 6. Döbeln B. 200, 7. Vallenbar B. 20, 8. Eßlen B. 117,88, Dresden B. 200, Frankfurt a. M. B. 100.  
Bremen, den 10. Juli 1916. W. Kieders, Kassant.

Abrechnungen vom 2. Quartal 1916 gingen bis 11. Juli ein:

1. Gau, Hamburg: Bremen, Varel, Albed, Nellingen, Rendsburg, Verden, Buxtehude, Lütten, Osterhe, Bovenberg, Bergberg, Magdeburg, Gandersteden, Salbe a. E., Stadtholten, Berningerode, Eßlen, Groß-Heere; 2. Gau, Nordhausen: Nordhausen, Neustadt (Rammberg), Klein-Weinrode, Jess.-Lichtenau, Hann.-Münden, Badlaupfel, Rostbach; 3. Gau, Erfurt: Erfurt, Hain, Dertlinghausen, Drösch, Lage, Spradow, Mennighausen, Hain, Klein-Möhlen, Schöndorf; 4. Gau, Frankfurt a. M.: Frankfurt a. M., Witzburg, Kreuznach, Hl.-Probenburg, Vallenbar, Gr.-Lichtenau, Eßlen; 5. Gau, Weidenberg: Weidenberg, Kaiserlautern, Lachen, Leinen, Münchshelm, Neuland, Dertlinghausen, Osterhe, Rostbach, Albed; 6. Gau, Offenbach: Offenbach, Gengenbach; 7. Gau, Erfurt: Erfurt, Hain, Dertlinghausen, Hain, Klein-Möhlen, Schöndorf; 8. Gau, Dresden: Dresden, Hain, Klein-Möhlen, Schöndorf, Buxtehude, Lütten, Osterhe, Bovenberg, Bergberg, Magdeburg, Gandersteden, Salbe a. E., Stadtholten, Berningerode, Eßlen, Groß-Heere; 9. Gau, Weidenberg: Weidenberg, Kaiserlautern, Lachen, Leinen, Münchshelm, Neuland, Dertlinghausen, Osterhe, Rostbach, Albed; 10. Gau, Erfurt: Erfurt, Hain, Dertlinghausen, Hain, Klein-Möhlen, Schöndorf; 11. Gau, Weidenberg: Weidenberg, Kaiserlautern, Lachen, Leinen, Münchshelm, Neuland, Dertlinghausen, Osterhe, Rostbach, Albed; 12. Gau, Berlin: Spremberg, Münchshelm (Markt), Trebbin, Damsig, Wittenberge, Jüterbog, Eßlen, Potsdam, Storkow, Lütten.

#### Adressen-Veränderungen.

Kreischa (10): Alle Aufschriften sind an den 2. Bev. Otto Senaid, Hauptstr. 104 c, zu senden.  
Alta (4): 1. Bev. W. H. Müller, Köln-Rhodes, Florstr. 76.  
Rampersheim (6): 1. Bev. Ernst Grumb, Jakobstr. 62; 2. Bev. Frau Marie Reiling, Jakobstr. 50.  
Freiberg (10): 1. Bev. Kurt Schubert, Nikolaigasse 19.  
Lage (4): 1. Bev. Gust. Kramer, Sedanstraße (Konsumverein).  
Schmoll (9): 2. Bev. W. H. Kober, Lohsestr. 24, I.

Unterstützungen werden ausgezahlt:  
Schmoll (9): R.-U. bei W. Kober, Lohsestr. 24, I.

#### Gestorben:

Gestorben am 2. Juni der Sortierer Alfred Deubler aus Freiberg i. S., 28 Jahre alt (Bühler'sche Freiberg i. S.).  
Gestorben ist der Sortierer Alfred Thomas aus Rostock (Bühler'sche Rostock).  
Am 3. Juli starb zu Arnstadt Selma Schner aus Bittfeld, 26 Jahre alt.  
Am 9. Juli starb zu Siedlitz Hermann Werges aus Duerndorf, 27 Jahre alt (Bühler'sche Siedlitz).  
Ehre ihrem Andenken!  
In vorheriger Nummer wurde als gestorben von der Bühler'schen Anstalt gemeldet: Friedrich Scharr; es muß Schorr heißen.



**Eckstein**  
Zigaretten  
Einzig in Qualität  
Trusfrei

AKKOSTEINER-SÖHNE-DRESDEN

Verlangen Sie sofort unseren Nachtrag zu Modellbogen

**210**

für gebrauchte Wickelformen

Größtes Wickelformenlager Deutschlands

JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER

**L. COHN & CO.**

BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24.

Verlangen Sie sofort kostenlos

Unsere Haupt Preislitten Modellbogen Zigarettenband Zigarettenring Papier Tragenth-Muster etc.

Sehen neu erschienen ca.

**4000**

gebrauchte Wickelformen

Sie erhalten, moderne Fassons

### Carl Roland Berlin SO 26

Kottbusstraße 4.

Sumatra-Doos, 2. Lsg., pr. Pfd. 4.80, 5.80 A.

S. B. M., 1. Lsg., ganz hell, außer ergiebig pr. Pfd. 8.— A.

Mexico-Doos pr. Pfd. 5.30 A.

Havana-Doos pr. Pfd. 5.30 A.

Brasil ..... pr. Pfd. 3.50 A.

Java-Doos pr. Pfd. 2.80 u. 2.90 A.

Java-Doos mit Umblatt pr. Pfd. 3.10, 3.15, 3.20 A.

Java-Umblatt... pr. Pfd. 3.80 A.

Java-Umblatt, sehr leichtblättrig, 2. Lsg., pr. Pfd. 5.50 A.

Gefährlicher, tüchtiger, militärischer Zigarrenarbeiter, der in der Zigarrenfabrik erfahren, 17 Jahre in der Zigarren-Fabrik tätig, sucht Stellung als Meister. Offerten unter H. B. a. b. Exp. d. Zeitung.

#### Unser verpöbter!

Unserem lieben, schönen Willian Walling zu seinem am 8. Juli festgesetzten Namenstag die herzlichste Gratulation.

Die organisierten Kollegen und Kolleginnen d. Firma S. Schürer Zigarettenfabrik.

#### Briefkasten.

Büdingen 80 A.

### Gelesene Tabak-Arbeiter

Bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

### Drucksachen

Liefert schnell und billigst  
**J. H. Schmalfeldt & Co.**  
Bremen.

**Achtung! Rohtabak!**  
**Hengfoss & Maak**  
**Altona - Ottensen**  
Filiale: Berlin N., Brunnenstrasse 25.

**Rohtabakhandlung**  
kauft bei Aufgabe der Fabrikation z. Tabak und Utensilien gegen sofortige Kasse. Off. mit Preisangabe unter Chiffre N. 100. Exp. d. Bl.

### Leon Weil, Speyer

W. H. Rohtabake handl.

Solange Vorrat offeriere ich:

1a. Einlagemischung (unentrippt) nur garantiert gesundes, reifes Zigarrenmaterial, viel Umblatt enthaltend, a) für Preislagen bis 90 A. Vorstedenlanden, Domingo, Bühlertaler 3.50 A. verzollt per 1/2 Kilo, b) für Preislagen bis 120 A. mit Sanct Felix Habana 4.50 A. verzollt per 1/2 Kilo.

Einlagen können nur bei gleichzeitiger Beorderung der entsprechenden Umblätter und Decker abgegeben werden.

Ich kaufe bisher in den Einschreibungen des Jahres 1916 nur direkt in Partien

**5797 Packen**

und zwar:

1099 Packen am 14./1. 1916

1370 " " 4./2. "

1398 " " 18./2. "

706 " " 4./3. "

367 " " 31./3. "

410 " " 5./5. "

447 " " 25./5. "

**5797 Packen**

**Neue Sumatra-Angebote aus meinem verzollten Lager:**

**Sumatra-Sandblatt:**  
Edelste Tabake mit idealen Farben.

No. 3433. Vollbl., 2. Lg., graufahl Mk. 9.—  
" 3434. " 3. " " 8.—  
" 3435. " 4. " " 4.—  
" 3436. Lochbl., 2. " hellfahl " 6.50  
" 3437. " 3. " " 5.—  
" 3438. " 4. " Sortiertabak " 3.50

**Sumatra-Mittelblatt:**  
Festblattige Marken für billigeres Fabrikat.

No. 3448. Vollbl., 2. Lg. Mk. 6.—  
" 3449. " 2. " " 5.60  
" 3450. " 2. " " 5.—  
" 3451. " 3. " " 4.25  
" 3454. Lochbl., 2. " " 5.—

**Sumatra-Pflückblatt:**  
Ganz ungewöhnlich edle, zarte, fahle Tabake.

No. 3439. Vollbl., 1. Lg., hellfahl Mk. 10.—  
" 3440. " 2. " " " 9.—  
" 3441. " 3. " " " 8.—  
" 3442. " 1. " lebhafte hell " 8.50  
" 3443. " 2. " " " 8.—  
" 3444. " 3. " " " 7.—  
" 3445. Lochbl., 1. " hellfahl u. hell " 7.50  
" 3446. " 2. " " " 6.50  
" 3447. " 3. " " " 5.50

Auf die Preise von ausländischen Tabaken kommt ein Zuschlag von 22 1/2 Pfennig für das Pfund, entsprechend der neuen Zoll-erhöhung, zur Berechnung.

**Heinrich Franck, Berlin N 54**

Rohtabakhandlung Brunnenstrasse 22 Utensilien für Zigarrenfabriken

Gesamtweltlicher Vertrieb: S. Kieders, Verlag Deutscher Tabakarbeiter-Verband, S. Deichmann, — Druck: Bremer Buchdruckerei u. Verlagsges. J. D. Schmalfeldt u. Co., sämtlich in Bremen.